

Auffallend war an diesem 44. Eucharistischen Weltkongreß, daß er eigentlich erst mit dem Papstbesuch in der Schlußphase eine breite Wirkung in die koreanische Öffentlichkeit hinein bewirkte. Für den Papst ließen sich über 600 000 der insgesamt 2,5 Millionen südkoreanischen Katholiken mobilisieren – für die eigentlichen Kongreßveranstaltungen waren es kaum mehr als 15 000. Es waren meist Frauen, die in sehr disziplinierten Formationen an den Kongreßveranstaltungen teilnahmen und Mitglieder der etwa 100 Delegationen aus allen Erdteilen. Es fehlte vor allem die Jugend. Offenbar war im Vorfeld des Kongresses überlegt worden, ein großes internationales Jugendtreffen mit dem Eucharistischen Weltkongreß zu verbinden. Diese Idee setzte sich jedoch nicht durch, weil man in einem solchen Jugendtreffen ein unkalkulierbares Risiko für Demonstrationen und Proteste sah. So verlief der Kongreß in sehr ruhigen, traditionellen Bahnen. Man versuchte durch Begegnungen zwischen Kongreßteilnehmern und

Pfarrgemeinden sowie koreanischen Familien Brücken von der Kongreßatmosphäre hin zu den Lebensräumen der koreanischen Kirche zu schlagen. Wer sich auf dieses Angebot trotz mancher Sprachbarrieren einließ, berichtete meist über sehr positive Erfahrungen. Die ausländischen Gäste erlebten eine äußerst gastfreundliche, lebendige und selbstbewußte Kirche. Mancher Bischof staunte, wenn er mit konkreten Zahlen konfrontiert wurde. So berichtete die Gemeinde von Pang Bae-dong, sie sei von 1982 bis 1988 von 1375 auf 8015 Gläubige angewachsen, jährlich würden etwa 1000 Bekehrungen registriert. Man feiert sonntags sechs Gottesdienste und sammelt für den Unterhalt der Pfarrei pro Jahr unter den Gläubigen etwa 1,6 Millionen Mark. Die Frage nach den Gründen für den rasanten Aufschwung der Kirche in Südkorea wurde meist sehr schüchtern und einfach beantwortet. „Wahrscheinlich liegt es daran, daß wir Freude ausstrahlen und uns gegenseitig viel helfen“, meinte ein Pfarrer.

J. H.

Islam: Wo steht die christlich-muslimische Zusammenarbeit?

Bei den „Journées Romaines“ handelt es sich um ein informelles Forum auf Weltebene, das alle zwei Jahre Fachleute des christlich-islamischen Dialogs, Praktiker aus der Seelsorgs- und Sozialarbeit in islamischen Ländern und andere Interessierte an der christlich-islamischen Begegnung zusammenführt. Zu dem diesjährigen Treffen vom 1.–7. September in Grottaferata waren fast 100 Teilnehmer aus 26 Ländern Afrikas, Asiens, Europas und Nordamerikas zusammengekommen, in der Mehrheit katholische Priester, Ordensleute und Laien, aber auch Vertreter der protestantischen Kirchen. Die „Journées Romaines“ verstehen sich einmal als Informationsbörse für den jeweiligen Stand der christlich-islamischen Beziehungen

und versuchen zugleich thematisch ein bestimmtes Problem zwischen Christen und Muslimen aufzugreifen. In diesem Jahr lautete das Studienthema: „Christen und Muslime im gemeinsamen Einsatz für die Gesellschaft“. Es sollte darum gehen, solche Gemeinsamkeiten in der Praxis des Zusammenlebens von Christen und Muslimen möglichst zu belegen und die theoretischen Grundlagen – philosophischer oder theologischer Art – herauszuarbeiten.

Das erste Referat wurde von dem koptischen Christen *Milad Hanna* gehalten, der als Politiker und engagierter Verteidiger der Menschenrechte in Ägypten bekannt ist. In Ägypten leben koptische Christen und Muslime seit 13 Jahrhunderten zusammen. Vom

7.–12. Jahrhundert war Koptisch ihre gemeinsame Sprache, bis es vom Arabischen verdrängt wurde. In diesem Jahrhundert waren Christen und Muslime zweimal auf nationaler Ebene im „gemeinsamen Einsatz für die ägyptische Gesellschaft“. Das erste Mal in der Zeit von 1920–1950 beim Kampf um die nationale Unabhängigkeit und von 1952–1973 im Einsatz für die Entwicklung Ägyptens auf den Gebieten der Landwirtschaft und der Industrialisierung. Gegenwärtig wird der *arabische Nationalismus in seiner Verbindung mit der islamischen Erneuerung* (Sahwa Islamiya) von den koptischen Christen als eine Bedrohung und Infragestellung ihrer Zugehörigkeit zur ägyptischen Nation erlebt. Der Fundamentalismus der islamischen Erneuerungsbewegung wird allerdings nicht nur von den Christen, sondern auch von vielen Muslimen in Ägypten abgelehnt. Christen und Muslime finden im Einsatz für die Menschenrechte und Rechte der Frau zusammen.

Dialogversuche und Hemmnisse

Hanna stellte in diesem Zusammenhang die später öfter wiederholte Frage, ob die Basis für die Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen in gesellschaftlichen Fragen in der jeweiligen Religion zu finden sei oder sich nicht leichter auf einen säkularisierten Humanismus – der Basis des gemeinsamen Menschseins ohne Bezug zu einer Religion – begründen lasse.

Charles Ali Amjad, Direktor des Christian Study Centre in Rawalpindi (Pakistan), untersuchte aus christlicher Sicht die Bedeutung der Anthropologie für die Problematik des gesellschaftlichen Einsatzes. Dabei zeigte er zwei gegenläufige Tendenzen in der christlichen Tradition auf, die jeweils den Einsatz für die Gesellschaft und für soziale Gerechtigkeit entweder fördern oder hemmen. In einer eher pessimistischen Anthropologie erscheint das Engagement von Christen auf dem gesellschaftlichen Sektor angesichts der Dringlichkeit der Sicherstellung des persönlichen Heils eher nebensächlich, während eine optimi-

stische Anthropologie, die für Welt, Schöpfung und Kultur offen ist, diesen Einsatz als christlich geboten erscheinen läßt. Ähnliche gegensätzliche Tendenzen lassen sich auch im Islam feststellen und spielen für eine eventuelle Gemeinsamkeit oder Gegensätzlichkeit eine große Rolle.

Der Muslim *Mohammed Lyazghi* aus Marokko gab einen Bericht über die christlich-islamische Kooperation in seinem Heimatland. Marokko war immer ein religiös pluralistisches Land, in dem Muslime, Juden und Christen viele Jahrhunderte miteinander gelebt haben. Der größte Teil der Juden ist nach Israel ausgewandert, auch die Zahl der Christen ist verschwindend gering, wobei es sich fast ausschließlich um Ausländer handelt. Die traditionelle Haltung der Achtung vor den anderen Religionen und der Toleranz ist aber an vielen Punkten zu beobachten. Es gibt eine Reihe von Dialoggruppen, vornehmlich von Akademikern. Auf den Gebieten der Erziehung, der Gesundheitsfürsorge und des sozialen Einsatzes gibt es Zusammenarbeit. Auch in Marokko gibt es zwar fundamentalistische islamische Kreise, die die Harmonie unter den Religionen beeinträchtigen. Diese Fundamentalisten werden jedoch auch von Muslimen, etwa von Akademikern, Gewerkschaftlern u. a., abgelehnt. Bei Fragen der Menschenrechte, vor allem der Religionsfreiheit und der damit gegebenen Freiheit, die Religionszugehörigkeit zu wechseln, verweigert der islamische Staat Marokko die gesetzliche Sicherung. Hier beruft man sich auf die *Erklärung der islamischen Menschenrechte*, die vor einigen Jahren von vielen muslimischen Staaten angenommen wurden und sich deutlich von den als „europäisch“ und „individualistisch“ bezeichneten „universalen Rechten“ der UNO abheben.

In den *Arbeitsgruppen*, in denen die Referate jeweils im Bezug auf den Kontext der Teilnehmer diskutiert werden sollten, wurde die Frage nach der Grundlage des gemeinsamen Einsatzes von Christen und Muslimen weiter besprochen. Es zeigte sich dabei, daß in bestimmten Ländern und Regionen

gerade die beiden monotheistischen Religionen Islam und Christentum sich eher als Hindernisse denn als Schrittmacher für gemeinsame Bemühungen um eine menschlichere Gesellschaft erwiesen haben. Wo Christen und Muslime in einer religiös pluralistischen Gesellschaft zusammenleben, kann die Durchsetzung von Maximalforderungen, wie sie der „islamische Staat“ oder die „christliche Gesellschaft“ darstellen, nur zu Unfriede und Auseinandersetzungen führen.

Erfahrungen in Nahost und Südostasien

Die Arbeitsgruppen befaßten sich mit den verschiedenen Dialogsituationen und suchten nach den Gründen für die oft weitgehenden Unterschiede zwischen Ländern und Regionen in dieser Frage. Bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung in der theologischen Richtigkeit, als Christen den Muslimen in einer Haltung des Verstehens und Bereitschaft zum Dialog zu begegnen, zeigten sich doch deutliche Unterschiede in der praktischen Umsetzung. Die Vertreter aus Ägypten, dem Libanon und anderen Ländern, wo Christen sich von Muslimen unterdrückt fühlen, warfen den Christen in Europa eine gewisse Dialogseligkeit und übergroßes Entgegenkommen gegenüber Forderungen der Muslime auf Anerkennung ihrer Religionsausübung vor. Wenn man sich schon für die möglichst große Beobachtung der Sharia – des muslimischen Religionsgesetzes – für Muslime in Europa einsetze, dürfe man doch nicht von der Diskriminierung der Christen in Ägypten, dem Sudan in Nordafrika und vor allem Saudi-Arabien schweigen. Zum Dialog gehöre nun einmal eine gewisse Reziprozität.

Ganz anders sind wiederum die Erfahrungen von Christen in *Südostasien*. Wo Christen und Muslime mit Buddhisten, Hindus und anderen Religionen zusammenleben, stellen sich mehr generelle Fragen des interreligiösen Dialogs. Asiatische Christen sehen einen engen Zusammenhang zwischen dem Dialog und einer „Gemeinsamkeit im Heiligen“ (*communicatio*

in sacris), d. h. einer Gemeinschaft in den Heiligen Schriften, in Riten und Gebeten bis hin zur Gemeinschaft in der Eucharistie. Sie wehren sich gegen ein einseitig negatives Verständnis dieser Gemeinsamkeiten als Synkretismus und betonen, daß echter Dialog diese Begegnung mit dem jeweils Heiligsten einer Religion notwendig mache.

Vielleicht den wichtigsten Teil der Konferenz stellten die Länderberichte dar, die in ihrer Zusammenschau ein aktuelles und konturenreiches Bild des gegenwärtigen Stands des christlich-islamischen Verhältnisses ergaben. Einen Sonderfall bildet die Lage in Israel/Palästina, wo in den Auseinandersetzungen der Intifada christliche und muslimische Araber sich gemeinsam im Widerstand gegen die israelische Militär- und Besatzungsmacht finden. Die Berichte über diese systematische Politik der Diskriminierung und des Einsatzes von militärischer Macht gegenüber Zivilisten waren bedrückend und entmutigend. Die Lage im *Libanon* wurde von den Vertretern dieses Landes ebenfalls als reichlich verfahren und hoffnungslos hingestellt. Von einem Bürgerkrieg kann im Libanon nur eingeschränkt geredet werden, da viele ausländische Mächte – Syrien, Israel, Irak, um nur die wichtigsten zu nennen – beteiligt sind. Auch handelt es sich um keine Christenverfolgung, sondern um einen durch und durch politischen Krieg mit oft seltsamen Allianzen. So wird der christliche General Aoun von den Irakern und Saudi-Arabien unterstützt, andere christliche Gruppen finden Unterstützung durch die Israelis. Syrien versucht mit der Unterstützung Irans und gegen den Widerstand vieler arabischer Staaten den Traum eines Großsyrien unter Einfluß des Libanon zu verwirklichen. Immer mehr Libanesen kehren dem Land den Rücken. Die Emigration von 1,2 Millionen Christen und 600 000 Muslimen hat die Bevölkerung um fast die Hälfte schwinden lassen.

Ein positiveres Bild der christlich-islamischen Beziehungen zeigt sich auf dem *indischen Subkontinent*. In *Bangladesh* sind die Christen mit 0,3% der Be-

völkerung nur eine kleine Minderheit, die aber auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, des sozialen Einsatzes für Erziehung und Krankenfürsorge sowie in der Katastrophenhilfe Großes leistet. Beim Einsatz in sozialen Notfällen gibt es weitgehende interreligiöse Zusammenarbeit, gerade auch mit den Muslimen. In Pakistan hat sich das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen nach dem Tod von Zia und dem Regierungsantritt von *Benazir Bhutto* wesentlich verbessert. Gegenwärtig gibt es viele Bestrebungen, die Diskriminierungen der religiösen Minderheiten durch Aufhebung der Verfassungsänderungen der Zia-Regierung wieder rückgängig zu machen. In Pakistan bestehen viele unterschiedliche Dialoggruppen von Chri-

sten und Muslimen, die sich neben religiösen Fragen auch um Menschenrechte, soziale Fragen und menschliche Entwicklung kümmern. In *Indien* finden sich Christen und Muslime gemeinsam gegenüber den Hindus als Minderheiten vor. Auch wenn das Interesse der indischen Kirche im Hinblick auf Inkulturation und interreligiösen Dialog in erster Linie die Hindus im Blick hat, gibt es doch auch eine ganze Reihe von Dialogbestrebungen und -gruppen von Christen und Muslimen.

In Europa gibt es mit dem „Joint Council of Islam“, das gemeinsam von der Konferenz europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) einge-

richtet wurde, ein ökumenisches Gremium für Islamfragen auf europäischer Ebene. Gute ökumenische Zusammenarbeit herrscht auch zwischen Studienzentren wie dem päpstlichen Institut für islamisch-arabische Studien (PISAI) in Rom und dem Selly Oak College in Birmingham.

Am Schluß der Konferenz stand eine Audienz in Castel Gandolfo, auf der Johannes Paul II. die Bereitschaft der katholischen Kirche zum Dialog mit den Muslimen, wie sie das Zweite Vatikanische Konzil und er selber bei verschiedenen Anlässen ausgedrückt hätten, noch einmal bekräftigte und darauf hinwies, daß nur tiefe gegenseitige Kenntnis eine Haltung der Offenheit und Achtung bewirken werden.

G. E.

Selbstmobilisierung der „kleinen“ Nationen

Die Eigendynamik des sowjetischen Nationalitätenproblems

Während „Glasnost“ und „Perestrojka“ zu den wohlklingendsten russischen Vokabeln im Westen geworden sind, wird in der Sowjetunion selbst neben der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und den Unwägbarkeiten der innenpolitischen Machtverschiebungen im Zuge einer ersten Parlamentarisierungsphase die Nationalitätenfrage immer mehr zum Problem, das die Weiterexistenz der Sowjetunion in ihrer heutigen Gestalt fraglich erscheinen läßt. Die Führung unter Gorbatschow hat die Nationalitätenfrage offensichtlich unterschätzt. Es läßt sich schwer abschätzen, wie sie sie durch Nachgeben in kleinen Schritten bei unveränderter Selbstbehauptung der Zentralmacht in den Griff bekommen kann. Das letzte ZK-Plenum der KPdSU, das ganz der Nationalitätenfrage gewidmet war, vermochte keinen Weg zu einer Lösung zu weisen.

Der zentrale innenpolitische Prozeß in der Sowjetunion ist gegenwärtig die *Erosion der Einparteiheerrschaft*. Die seit 1917 bestehenden Machtverhältnisse werden von immer mehr und immer größer werdenden Gruppen in der Gesellschaft nicht mehr akzeptiert. Die wichtigsten Motoren, die diesen Prozeß vorantreiben, sind die Wirtschaftskrise und die Nationalitätenfrage. Aber auch Glasnost und die Aufarbeitung der Geschichte verschärfen die Legitimationskrise der Partei, die zum ersten Mal öffentlich mit Millionen unschuldiger Opfer ihrer Herrschaft konfrontiert wird.

Es wird für den Fortgang der Entwicklung von großer Bedeutung sein, ob und wie rasch es gelingt, außerhalb und

innerhalb der kommunistischen Partei *alternative politische Institutionen* und Organisationen zu entwickeln, damit kein politisches Vakuum entsteht, durch das sich die Gefahr eines Staatsstreichs erhöht.

Fortschreitende Massenmobilisierung bei kleineren und größeren Nationalitäten

In den vergangenen Jahren sind an verschiedenen Orten in der Gesellschaft Ansätze zur Artikulation politischer Interessen und zur „Umgestaltung“ (Perestrojka) der Gesellschaft entstanden. Dazu gehören die informellen Gruppen, die seit 1986 zahlenmäßig rasch zunehmen, der *Kern einer parlamentarischen Opposition* in Form der „interregionalen Abgeordnetengruppe“ (seit Juli 1989) und die Streikkomitees in den Kohlegruben (seit Juli 1989). Ein Teil dieser Komitees hat sich nach dem Ende der Streiks nicht aufgelöst und könnte zum Kern unabhängiger Gewerkschaften werden, deren Gründung der Vorsitzende des regionalen Streikkomitees des Kuzbass, *Tejmuraz Avaliani*, öffentlich gefordert hat (Moskovskie novosti, 6.8.89).

Am weitesten ist die Konsolidierung alternativer politischer Institutionen bei den nichtrussischen Nationen fortgeschritten. Esten, Letten und Litauer sind hierbei Vorreiter und Vorbild.

Erster unerwarteter und unübersehbarer Ausdruck der